



GEMEINDE BINNINGEN

Einwohnerrat

Protokoll des Einwohnerrats

XIV. Legislaturperiode 2024-2028

9. Sitzung vom 28. April 2025

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 21.45 Uhr

Leitung: Karin Müller (Präsidentin)

Anwesend: 35 Mitglieder

Entschuldigt: Leon Behrends, Nina Eldridge, Felix Gerber, Lewin Lempert, Konrad Widmer

Daniel Setz anwesend ab 19.50 Uhr

Präsidentin:

Karin Müller

Protokoll:

Linda Gerstner

Begrüssung und Mitteilungen

Einwohnerratspräsidentin Karin Müller, SP begrüsst ihre geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Einwohnerrats, die Gemeindepräsidentin, die Gemeinderäte und Gemeinderätinnen zu dieser ausserordentlichen Sitzung. Sie heisst auch die Mitarbeitenden der Verwaltung, Linda Gerstner, die das Protokoll führt, die Abstimmungsanlage betreut und später auf der Leinwand die Anträge zeigen wird, und den stellvertretenden Verwaltungsleiter Bernard Keller willkommen. Weiter begrüsst sie alle Vertreter der Medien und natürlich die zahlreichen Gäste im Publikum.

Bevor der Rat mit dieser Sitzung startet, hat die Präsidentin ein Anliegen. Die meisten Anwesenden haben sicher gesehen, dass Bruno Gehrig am 9. April 2025 gestorben ist und vermutlich auch den Nachruf des Gemeinderats gelesen, der Bruno Gehrigs Verdienste für Binningen würdigt. Bruno Gehrig war von 1971 bis 2004, also über 30 Jahre, Gemeindeverwalter von Binningen und von 2004 bis 2012 Gemeinderat. In diesen über 40 Jahren, in denen er in unserer Gemeinde gearbeitet und gewirkt hat, hat er die Entwicklung von Binningen entscheidend mitbestimmt. Eine seiner ersten Aufgaben als Gemeindeverwalter war es, den Wechsel von der Gemeindeversammlung zum Einwohnerratsbetrieb, wie man ihn heute kennt, auf den 1. Januar 1972 zu organisieren. Die Votantin hat Bruno Gehrig leider nicht persönlich kennengelernt, aber wie die meisten, die zu seiner Zeit in Binningen gewohnt haben, war sein Name auch ihr wohlbekannt. Im Namen des Einwohnerrats möchte sie der Trauerfamilie ihr herzliches Beileid aussprechen und alle Anwesenden zu einer Gedenkminute für Bruno Gehrig einladen. Sie bitte dafür aufzustehen.

Gedenkminute

Die Präsidentin kommt zur heutigen Sitzung. Es handelt sich um eine ausserordentliche Sitzung. Gemäss Geschäftsordnung des Einwohnerrats kann ein Viertel der Einwohnerratsmitglieder eine ausserordentliche Sitzung verlangen. Mit 14 Unterschriften wurde diese Bedingung erfüllt und daher sitzen die Anwesenden heute Abend hier. Sie möchte noch ein paar Anmerkungen vorausschicken. Es wird heute sicher viel Diskussionsbedarf geben. Die Präsidentin bittet die Ratsmitglieder, sich an die Redezeit zu halten. Gemäss Geschäftsordnung des Einwohnerrats beträgt diese bei der ersten Wortmeldung fünf Minuten und zwei Minuten bei jeder weiteren Wortmeldung. Jede Rednerin und jeder Redner sollte sein Votum klar und zur Sache halten. Auch darum bittet sie die Anwesenden.

Zudem möchte sie, falls noch spontane Anträge kommen, diese schriftlich erhalten, um die Übersicht zu behalten bei der Menge und Komplexität der Anträge. Die Anträge, die vor der Sitzung bereits schriftlich eingegangen sind, wird Linda Gerstner auf die Leinwand beamen, damit der Wortlaut ersichtlich ist. Die Präsidentin bittet die Parlamentsmitglieder um etwas Geduld, da nachher auch die Abstimmungsergebnisse auf die Leinwand projiziert werden müssen. Es muss jeweils hin und her gewechselt werden und das braucht etwas Zeit.

Präsenz

Für die heutige Sitzung entschuldigt sind Lewin Lempert, SP, Felix Gerber und Nina Eldridge, beide Mitte/GLP, Leon Behrends, FDP, und Konrad Widmer, SVP. Daniel Setz, FDP, wird sich etwas verspäten. Mit Daniel Setz sind es heute 35 Personen im Rat. Das absolute Mehr liegt bei 18 und das Zweidrittelmehr bei 23.

Entschuldigt hat sich ausserdem Gemeinderätin Rahel Bänziger, Grüne.

Zuhanden des Protokolls: Die Präsidentin hat im Nachgang der Sitzung mitgeteilt, dass sich Gemeinderat Philippe Meerwein, SP, schriftlich bei ihr abgemeldet und Gemeinderat Stephan Appenzeller, SP, angekündigt hat, dass er sich verspäten wird. Das wurde in der Sitzung vergessen zu erwähnen.

Neue Vorstösse

Nr. 66, Interpellation C.D. Maier, FDP: Interessenbindung Areal Spiesshöfli

Interpellant Christoph Daniel Maier, FDP erklärt, er habe eine Interpellation eingereicht, die Auskunft über die Ausstandsregeln und die Anwendung dieser Ausstandsregeln im Gemeinderat verlangt. Die Ausstandspflicht steht in Paragraph 58 der Basellandschaftlichen Verfassung. Sie verlangt, dass Behördenmitglieder, die unmittelbar von einem Geschäft betroffen sind, in Ausstand treten. Der Redner wünscht, Auskunft zu erhalten über die Anwesenheit und die Abstimmung und Beratung der Medienmitteilung des Gemeinderats vom 9. April 2025. Er ist gespannt, wie der Gemeinderat diese Fragen beantworten wird. Eine Interpellation verlangt auch, dass ein öffentliches Interesse an einer Auskunft geben sein muss. Man kann nicht einfach über irgendetwas Auskunft verlangen. Das öffentliche Interesse ist im vorliegenden Fall klarerweise gegeben. Transparenz in Bezug auf die Interessenbindungen und die einheitliche Anwendung der Ausstandspflicht bei der Behandlung von Geschäften ist nicht nur bei dieser Medienmitteilung von generellem Interesse, sondern ist auch ganz allgemein für das Vertrauen der Öffentlichkeit in die gewählten Behörden von grosser Wichtigkeit. Es wäre inakzeptabel, wenn ein Geschäft unter einem direkten Einfluss von Interessen geprägt und die Ausstandspflicht nicht berücksichtigt würde. Damit ist das öffentliche Interessen gegeben. Das ist alles, was der Votant im Moment zu seiner Interpellation sagen möchte.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP teilt mit, der Gemeinderat werde diese Interpellation selbstverständlich wunschgemäss ausführlich beantworten. Aber um die Antworten geht es dem Interpellanten im Hinblick auf die Abstimmung nicht, sonst hätte er nämlich Dringlichkeit verlangt. Die Tatsache, dass er diese nicht verlangt hat, zeigt, dass es ihm einfach darum geht, Verunsicherung zu schüren. Weil der Gemeinderat diese Verunsicherung nicht entstehen lassen will, kann sie den Anwesenden ganz generell, ohne im Einzelnen auf die Fragen einzugehen, sagen, dass der Gemeinderat selbstverständlich die Ausstandsregeln jederzeit beachtet und diese auch protokollarisch festhält. Im Hinblick auf die Abstimmung vom 18. Mai darf man also sicher sein, dass alles korrekt abgelaufen ist. Die detaillierten Antworten wird der Rat in der nächsten Einwohnerratssitzung erhalten.

Traktandenliste

://: Die Traktandenliste wird gutgeheissen.

	Gesch. Nr.
1. Antrag vom 10.04.2025 Beschluss über eine Medienmitteilung an die Medien der Region Basel und Publikation im Amtlichen Teil des Binner Anzeiger und Gemeindefwebseite	65

Beschluss über eine Medienmitteilung an die Medien der Region Basel und Publikation im Amtlichen Teil des Binninger Anzeiger und Gemeindewebseite

Einwohnerratspräsidentin Karin Müller, SP möchte vorausschicken, dass der Beschluss, den der Einwohnerrat am Ende der Sitzung fasst, dem fakultativen Referendum unterstellt ist. Wenn der Einwohnerrat den Beschluss vom Referendum ausschliessen möchte, muss er am Schluss darüber abstimmen. Bleibt der Beschluss dem fakultativen Referendum unterstellt, müsste man 30 Tage warten, bis er in Kraft tritt.

EINTRETEN

Die Präsidentin fragt, ob das Eintreten bestritten ist.

Jonathan Noack, SP findet, dass die Anwesenden heute hier sind und man sich als Gemeinde damit auseinandersetzt, ob man beim Spiesshöfli einen Park möchte oder nicht, sei wichtig und richtig. Dass man sich überlegt, was es für die Zukunft heisst und diese Debatte leidenschaftlich führt, ist auch wichtig und es ist schön zu sehen, dass es so viele Menschen in Binningen beschäftigt. Was der Fraktion Sorgen macht, ist, dass der Ton schärfer wird, im Vorfeld dieser Sitzung und in Leserbriefen, die man im Binninger Anzeiger liest. Dass der Einwohnerrat keine Kollegialbehörde ist, heisst, es gehört dazu, dass man unterschiedlicher Meinung ist. Alle Parteien haben die Möglichkeit, ihre Meinungen zu verbreiten. Sie haben die Möglichkeit, eigene Medienmitteilungen zu verschicken, Medienorientierungen zu machen und sie können Plakate aufhängen. Dass der Einwohnerrat nicht eine, sondern unterschiedliche Positionen hat, liegt in der Natur der Sache. Dass die Ratsmitglieder heute Abend hier sind und darüber diskutieren, eine gemeinsame Medienmitteilung mit dem Absender Einwohnerrat zu verschicken, ist aus Sicht der SP nicht unbedingt nötig. Sie sehen keinen Mehrwert darin, dass ein Einwohnerrat eine Meinung verbreitet, in der, wie man dem Entwurf entnehmen konnte, primär fast ausschliesslich die Pro-Meinung vorkommt. Daher findet die Fraktion, der Einwohnerrat sollte nicht auf das Geschäft eintreten.

Christoph Daniel Maier, FDP kann seinem Kollegen, der gegenüber das Wort führt, dass hier nur eine einseitige Medienmitteilung publiziert werden soll, vielleicht entgegnen, dass man eine einseitige Medienmitteilung, die ausschliesslich gegnerische Argumente aufgeführt hat, vom Gemeinderat erhalten hat. Die Meinung des Einwohnerrats wurde mit keinem Wort erwähnt. Es wurde nicht einmal erwähnt, dass der Einwohnerrat die Initiative hier im Rat mit grossem und deutlichem Mehr angenommen hat. Dass man dem etwas entgegenstellen musste, ist seines Erachtens klar. Wenn man die Regeln des Bundes anschaut, ist es anders. Der Bundesrat darf, wenn die Haltung der Bundesversammlung anders ist als die des Bundesrats, keine abweichende Abstimmungsempfehlung geben. Der Redner weiss, dass es in der Gemeinde Binningen keine solche Regelung gibt. Aber das bedeutet nicht, dass man diese vollkommen einseitige Mitteilung des Gemeinderats einfach so im Raum stehen lassen darf. Heute geht es darum, dass man dieser einen Seite eine andere Seite entgegenstellen möchte und sollte. Denn das ist genau das, was der Einwohnerrat miteinander als Mehrheit – er respektiert die Minderheitsposition – hier im Rat beschlossen hat. Um das und um nichts Anderes geht es heute. Wir wollen das Gleichgewicht der Information wiederherstellen.

Roman Oberli, SVP führt aus, aussergewöhnliche Situationen erfordern aussergewöhnliche Handlungen. Das ist heute Abend eine solche. Wie es sein Vorredner schon gesagt hat, greift der Gemeinderat nicht zum ersten Mal sehr einseitig in den Abstimmungskampf ein. Man kann fast sagen, es grenzt an Behördenpropaganda. Dass der Gemeinderat einmal mehr keine Rücksicht auf den Einwohnerrat nimmt, zeigt auch die heutige Besetzung, bei der zwei Gemeinderäte – einer davon sitzt im Übrigen im Verwaltungsrat der BLT – unentschuldigt der Sitzung fernbleiben. Es ist wichtig, dass der Einwohnerrat seine Legitimität erwahrt und der Stimmbevölkerung seine Meinung, sowohl Pro wie aber auch Contra darlegen kann. Der Votant findet, der Gemeinderat führe sich wie ein Herrscher auf. Er vergisst aber, dass in der

wertvollen Demokratie in der Schweiz die Stimmbevölkerung die oberste Instanz ist. Dann kommt die Legislative, das Parlament, und dann als ausführende Ebene der Gemeinderat. Deshalb ist es wichtig, dass der Einwohnerrat heute eine solche Mitteilung verfasst, um das Gleichgewicht wiederherzustellen.

ABSTIMMUNG

Eintreten: 27 JA / 7 NEIN (Abstimmung 01, vgl. Anhang 1)

://: Das Eintreten wird beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Rahel Amacker, Mitte/GLP erläutert, der Mitte/GLP sei es ein wichtiges Anliegen, dass sowohl Pro- als auch Contra-Positionen im Abstimmungskampf sichtbar und nachvollziehbar sind. Wird heute hier im Rat eine Medienmitteilung verabschiedet, müssen darin sowohl die Stimmen für einen Birsigpark von der Einwohnerratsmehrheit, als auch die kritischen Stimmen der Minderheit adäquat abgebildet sein. Gleichzeitig stellt die Fraktion jedoch die Verhältnismässigkeit und die Zielrichtung dieser ausserordentlichen Sitzung in Frage. Nach der Einwohnerratsabstimmung vom 4. November 2024 wurde das Ergebnis öffentlich bekannt gemacht. Die Berichterstattung im Binner Anzeiger hat das Thema auf der Titelseite prominent behandelt mit einer differenzierten Darstellung der Pro- und Contra-Argumente. Hinzu kommen Leserbriefe und Plakate der Parteien und Komitees, die in den letzten Wochen eine breite Diskussion ermöglicht haben. Die Meinungen der im Einwohnerrat vertretenen Parteien sind somit der Öffentlichkeit über mehrere Kanäle zugänglich.

Es gehört zum demokratischen Prozess, dass der Gemeinderat seine Haltung in einer Medienmitteilung publiziert. Man kann sich wünschen, dass das Abstimmungsergebnis im Einwohnerrat darin kurz Erwähnung findet. Aber es ist legitim, dass der Gemeinderat seine eigene Sichtweise kommuniziert sowie die Mitglieder des Einwohnerrats andere Möglichkeiten haben, ihre Meinung kundzutun. Darum stellt sich für die Mitte/GLP die Frage, ob es bei dieser ausserordentlichen Sitzung wirklich um eine ausgewogene Informationsvermittlung geht oder nicht viel mehr darum, einer Seite, namentlich der Pro-Seite, nochmals eine mediale Plattform zu verschaffen. Ein Leserbrief in der vergangenen Woche im Binner Anzeiger suggeriert, dass alle im Einwohnerrat vertretenen Parteien an der Einberufung dieser ausserordentlichen Sitzung beteiligt waren. Das entspricht aber nicht der Wahrheit und das geht gar nicht. Die Mitte und die GLP waren nicht beteiligt an der Einberufung dieser Sitzung.

Die Votantin möchte in Erinnerung rufen, dass zu Beginn dieser Legislaturperiode der Wunsch geäussert wurde, dass Exekutive und Legislative gut und respektvoll zusammenarbeiten. Der Ton und die Wortwahl, die derzeit in solchen Schreiben und im laufenden Abstimmungskampf beobachtet werden können, vermitteln jedoch eher ein «Wir gegen die Anderen». Eine polarisierende und zugespitzte Sprache trägt nicht zu einem gesunden politischen Diskurs bei. Im Gegenteil. Sie untergräbt das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik. Mit Sorge beobachtet die Fraktion, dass sich diese Tendenzen auch auf kommunaler Ebene bemerkbar machen. Es ist in unserer gemeinsamen Verantwortung, dieses Vertrauen zu stärken und nicht zu schwächen und den politischen Diskurs respektvoll und fair zu gestalten. Die Mitte/GLP möchte auch auf die finanziellen Aspekte hinweisen. Eine ausserordentliche Sitzung verursacht Kosten zulasten der Steuerzahlenden. Sicherlich kein riesiger Betrag, aber dennoch nicht leichtfertig zu übersehen, wenn der Nutzen nicht eindeutig gegeben ist. Die Mitglieder der Mitte/GLP-Fraktion haben entschieden, die heutigen Sitzungsgelder nicht in Anspruch zu nehmen. Als Zeichen, dass sie den Sinn dieser Sitzung sehr kritisch sehen. Gerne dürfen sich Ratskolleginnen und Ratskollegen ihnen anschliessen.

Nun konkret zum versendeten Entwurf: Der Entwurf ist aus Sicht der Fraktion in seiner jetzigen Form problematisch. Er weicht in Ton und Inhalt deutlich vom sachlichen Stil ab und entfernt sich von einer sachlichen Darstellung der Argumente und Meinungen, wie es für eine behördliche Mitteilung angemessen wäre. Statt auf eine objektive Darstellung der Ratsposition zu setzen, wird mit wertenden und emotionalisierten Begriffen und zugespitzten Aussagen operiert. Es entsteht der falsche Eindruck, dass die formulierten Pro-Argumente vom gesamten Einwohnerrat getragen werden. Das entspricht nicht den Gepflogenheiten einer behördlichen Mitteilung an die Stimmbürger/innen. Die Personen, die heute diese Sitzung einberufen haben, werfen dem Gemeinderat eine einseitige Berichterstattung vor. Und was machen sie selbst? Sie bringen einen Entwurf für eine Medienmitteilung in diesen Rat, der eine einseitige Berichterstattung in Perfektion darstellt. Die Minderheitsmeinung im Rat, die immerhin von einem Drittel getragen wird, findet in der Mitteilung in keinem einzigen Satz Erwähnung. Dieser Widerspruch stösst bei der Fraktion auf grosses Unverständnis. Medienmitteilungen von Gremien wie dem Einwohnerrat insbesondere in einer sensiblen Phase eines Abstimmungskampfes müssen sich durch Faktentreue, Differenziertheit und Respekt gegenüber abweichenden Meinungen auszeichnen. In der aktuellen Form kann die Mitte/GLP die Medienmitteilung aus den genannten Gründen nicht mittragen. Wird die Mitteilung hingegen noch entsprechend angepasst, die Fraktion hat konkrete Änderungsvorschläge vorbereitet, können auch sie hinter einer gemeinsamen Mitteilung stehen.

Urs Hauri, Grüne/EVP teilt mit, nicht alle Mitglieder seiner Fraktion seien für einen Birsigpark. Sie sind sich aber einig, dass es fair ist, dass die Meinung der überwiegenden Mehrheit des Einwohnerrats eine bessere Sichtbarkeit verdient hat, als sie sie im Moment hat. Das kommt daher, dass man im Einwohnerrat ein Behördenreferendum ergriffen hat. Damit stehen dem Initiativkomitee im Abstimmungsbüchlein zwei Stellungnahmen gegenüber. Die Stellungnahme des Gemeinderats und die Stellungnahme derer, die das Behördenreferendum ergriffen haben. Das ist korrekt, aber damit ist man von der Pro-Seite automatisch schon einmal im Hintertreffen. Hinzu kommt, dass es eine offizielle Medienmitteilung des Gemeinderats gegeben hat und diese wurde offiziell publiziert. Man hat es heute auch schon von anderer Seite gehört. Der Einwohnerrat ist eine andere Organisation und hat eine andere Wichtigkeit. Wir möchten auch gesehen werden.

Es ist zwar korrekt, dass im November nach der Sitzung berichtet wurde. Aber wenn man an die Abstimmung im Mai denkt, muss man sagen, dass dieser Artikel bei den meisten wohl in Vergessenheit geraten ist. Man kann diesen Artikel nicht nehmen, um zu sagen, der Einwohnerrat habe ja auch Öffentlichkeit erhalten. Hinzu kommt, dass es eine Berichterstattung war und eben keine Stellungnahme, wie sie die Minderheit des Einwohnerrats zu recht im Abstimmungsbüchlein erhalten hat. Die Grünen/EVP finden deswegen, dass man gut dastehe, wenn man dem Souverän auch die Mitteilung macht, wie der Einwohnerrat dies in seiner Mehrheit sieht. Die Fraktion ist auch dafür, dass man im Rat zu einem Kompromiss kommt, damit beide Seiten vertreten sind. Sie finden das auch richtig, im Gegensatz zum Abstimmungsbüchlein, wo die Mehrheit des Einwohnerrats eigentlich nicht zu Wort kommt. Die Grünen/EVP haben einige Anträge eingereicht, nicht so viele wie die Mitte/GLP, aber auch sie möchten, dass die Stellungnahme des Einwohnerrats fair ist und von allen mitgetragen werden kann im Sinn, dass der Souverän informiert wird, was der Einwohnerrat zu diesem Thema diskutiert hat und wie er zu einer Meinung gekommen ist.

Jonathan Noack, SP möchte sich namens der SP zur Frage dieses Geschäfts und der Medienmitteilung äussern. Die Meinungen in diesem Abstimmungskampf sind genug sichtbar. Man kann definitiv nicht sagen, dass die Ja- oder die Nein-Seite zu wenig Aufmerksamkeit oder zu wenig Platz erhält, sei es im Binniger Anzeiger oder sonst in der allgemeinen Diskussion. Wie bereits erwähnt, haben alle Parteien eigene Möglichkeiten, diese Meinungen bekannt zu machen. Dass die Anwesenden als Einwohnerrat eine Medienmitteilung verschicken, kann man machen, es muss aber ausgewogen sein. Der Entwurf und auch der Zeitpunkt, dass man es jetzt machen möchte, sprechen aus Sicht der SP eher dafür, dass man alle Möglichkeiten in diesem Abstimmungskampf ausnutzen möchte. Dass man den Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten einen Entwurf vorlegt, der ausschliesslich Pro- und Ja-Positionen für den

Birsigpark beinhaltet, der gar nicht erwähnt, welche Argumente es gegen den Birsigpark gibt, findet die Fraktion unverständlich, wenn man den Anspruch hat, als Gremium, als Einwohnerrat seine Position in einer Medienmitteilung zu äussern. Daher wird sich die Fraktion zu einem grossen Teil den Anträgen anschliessen, die dafür plädieren, dass man beide Seiten berücksichtigt. Damit alle Ratsmitglieder am Schluss sagen können, sie fühlen sich in dieser Medienmitteilung genügend vertreten.

Christoph Daniel Maier, FDP führt aus, in der aktuellen Diskussion gehe es darum, dass man berücksichtigt, dass bereits eine Meinung mit behördlichem Stempel, nämlich die des Gemeinderats, in der Öffentlichkeit ist und dass diese für Leute, die sich vielleicht nicht so intensiv mit der Politik in der Gemeinde beschäftigen können oder wollen, die Meinung der Gemeinde ist. Er macht hier eine Klammer auf: Selbstverständlich ist es sinnvoll, dass man sich über den Wortlaut unterhält und er denkt, dass man schon einige Anträge gesehen hat, denen man durchaus zustimmen kann. Aber trotzdem muss die Seite der Initianten, die Seite, die der Einwohnerrat mit klarer Mehrheit unterstützt hat, als Gegendarstellung dessen, was der Gemeinderat ohne Darstellung irgendeiner anderen Seite bereits in die Öffentlichkeit getragen hat, dargestellt werden. Diese Seite muss am Schluss in einer Mitteilung oder in einem Beschluss zum Ausdruck kommen. Das ist das Anliegen und damit kann das Gleichgewicht in der Publizität in der öffentlichen Information der Gemeinde wiederhergestellt werden. Es ist ein ganz grosser Unterschied und das sollten Leute, die in der Medienwelt tätig sind auch wissen: Es kommt darauf an, wer etwas sagt. Es kommt nicht darauf an, dass man alles nachlesen und recherchieren kann und dass sich jeder zu irgendeinem Thema jederzeit äussern kann. Es gibt eine gewisse Autorität, und darum geht es, wenn die Mehrheitsmeinung des Einwohnerrats öffentlich wirksam publiziert werden kann.

Roman Oberli, SVP äussert, vieles sei bereits gesagt worden. Eine klare Mehrheit des Einwohnerrats hat die Initiative unterstützt. Es ist eben leider nicht so, dass diese Seite gleiche öffentliche Beachtung findet. Das liegt einerseits daran, dass die Gegnerschaft so viel Geld für einen kommunalen Abstimmungskampf ausgibt wie noch nie in der Geschichte von Binningen. Man muss davon ausgehen, dass es sich um einen Betrag von ca. 50 000 Franken handelt. Da muss man sich überlegen, welches finanzielle Interesse die Gegnerschaft an dieser Abstimmung hat. Weiter kommt hinzu, dass die Ausgewogenheit fehlt. Es beginnt mit der Mitteilung des Gemeinderats im amtlichen Teil des Binner Anzeigers. Man kann noch so mit den juristischen Feinheiten kommen, aber der Durchschnittsbürger, der sich vielleicht auch nicht immer mit der Politik befasst, sieht darin eine andere Gewichtung. Eine andere Gewichtung sieht man leider wiederholt im Abstimmungsbüchlein. Wer sich geachtet hat, es sieht nicht so aus wie national. Der Gemeinderat hat einerseits die Reihenfolge geändert. Es kommt nicht am Schluss die Empfehlung des Parlaments, sondern am Schluss kommt die Empfehlung des Gemeinderats und diese fett gedruckt, notabene als einzige Passage in diesem Abstimmungsbüchlein. Daher ist es umso wichtiger, dass das Parlament die Mehrheitsmeinung umso deutlicher nach Aussen trägt, natürlich unter Berücksichtigung der Minderheitsaspekte.

Gaida Löhr, SP spricht nur für sich. Das ist ihr wichtig festzuhalten. Die Frage, ob das Einberufen dieser Sitzung überrissen ist, kann sie durchaus nachvollziehen. Berechtigt ist es ihrer Ansicht nach aber allemal. Das ist nicht das Gleiche. Sie findet, es gebe Gründe dafür. Ob es nötig gewesen ist, ist etwas Anderes. Die Rednerin hat an der ersten Einwohnerratssitzung für den Park gestimmt und bevor über das Behördenreferendum abgestimmt wurde nachgefragt. Es gibt zwei Abstimmungen. Eine später, wenn man weiss, was der Park kosten wird, und eine jetzt, ein Grundsatzentscheid. Der zweite Punkt, der sie sehr überzeugt hat, warum man das Behördenreferendum wollte war, weil man fand, das Geschäft sei so wichtig, dass man das Volk bereits jetzt fragen möchte. Sie denkt, der Publikumsaufmarsch gibt dem auch recht. Die Votantin hat dem Behördenreferendum zugestimmt, obwohl sie für den Park ist. Im Nachhinein hat sie etwas gestutzt. Der Abstimmungskampf strotzt nur so vor Zahlen. Obwohl es einmal hiess, es ginge um den Grundsatz und nicht um Zahlen, geht es nonstop um Zahlen, auch um falsche. Bei der Argumentation für das Behördenreferendum im Abstimmungsbüchlein ist von Demokratie wenig die Rede, aber sämtliche Argumente gegen den Park sind aufgelistet. Die Rednerin kommt sich etwas blöd vor, wenn sie für ein Behördenreferendum gestimmt hat und hinterher erfährt, dass sie dies

gemacht hat, um den Park zu bekämpfen. In diesem Sinn ist für sie etwas nicht ganz so gelaufen, wie sie sich das vorgestellt hätte.

Die Votantin hat sehr viel Verständnis für das, was Rahel Amacker gesagt hat. Sie unterstützt den Antrag der Mitte/GLP, weil sie immer noch findet, es sei richtig, die Minderheit ernst zu nehmen und auch der Minderheitsmeinung Raum zu geben. Es ist ihr bewusst, dass der Gemeinderat eine Kollegialbehörde ist. Er muss das nicht. Aber ihr Demokratieverständnis hört dort auch auf, wenn der Gemeinderat von offizieller Seite Stellung bezieht. Sie findet es wichtig, dass man unterscheidet. Die beiden Komitees vergreifen sich beide im Ton. Da ist sie einverstanden. Das findet sie unschön. Aber hier im Saal wird nicht über die beiden Komitees diskutiert, weil der Einwohnerrat schlicht und ergreifend nicht das Recht hat, ein Komitee dafür zu rüffeln, wie es Wahlkampf führt. Auch nicht, wie teuer dieser Wahlkampf ist. Aber der Rat kann sagen, dass er mit der Berichterstattung des Gemeinderats nicht einverstanden ist, was der Grund ist, weshalb die Anwesenden hier sind. Nochmals: Die Rednerin wird den Antrag der Mitte/GLP unterstützen, weil das zu ihrem Demokratieverständnis gehört. Sie möchte aber noch etwas zu den Kosten sagen. Sie hat erwähnt, dass sie nicht mehr sehr glücklich über das Behördenreferendum ist. Das Behördenreferendum, eine demokratische Frage, ist deutlich teurer als die Sitzung heute Abend. In diesem Sinn ist sie der Meinung, die Verschwendung dieses Geldes heute Abend, wo es um Demokratie geht, ist immer noch sehr viel billiger, als ein Referendum vor dem Volk.

Olivier Kremo, SVP möchte sich zur Medienmitteilung des Gemeinderats äussern. Diese ist nicht nur einseitig, sondern es sind auch Sachen darin enthalten, die einfach falsch sind. Es steht z.B., dass keine zusätzlichen Infrastrukturkosten mit den Mehreinwohnenden generiert werden. Das ist einfach komplett falsch. Man sieht es an den Nachbarn in Bottmingen, Ettingen, Muttenz. Die sind in grossen finanziellen Schwierigkeiten wegen diesen zusätzlichen Infrastrukturen durch das Bevölkerungswachstum. Das ist für den Redner auch ein grosser Grund, weshalb er mit einer solchen Medienmitteilung Mühe hat.

Monique van Loon, Mitte/GLP kann das Argument nicht gut nachvollziehen, dass man die Anzahl Mitteilungen zählt und diese einander gleichwertig gegenüberstellt. Dass eine Mitteilung des Gemeinderats mit einer Mitteilung des Einwohnerrats auf der gleichen Ebene entgegnet werden muss. Ein Park tönt im ersten Moment sehr verlockend. Er hat aus der Natur der Sache bereits einen Vorteil den bei Wähler/innen, vor allem bei denen, die nicht alle Abstimmungsbüchlein lesen. Aber dass man dafür Leute enteignen, gegen den Willen der Besitzer handeln und auf Gemeindekosten Anwälte beschäftigen will, das erstaunt die Votantin. Es gibt keine Klarheit über den rechtlichen, finanziellen und zeitlichen Ausgang dieses Prozesses, den man hier anstösst. Sie staunt, dass dies von einer grossen Mehrheit, auch von der FDP und SVP, so getragen und gewollt ist. Der Park hat sehr grosse Vorteile. Aber auch mit dem heute geplanten Bauprojekt wird man die Anliegen der Klimaerwärmung mit Entsiegelung und öffentlichen Zugängen zum Birsig und zu einem Spielplatz mit diesen sehr nachhaltig gestalteten Wohnprojekt erhalten. Es wird Wohneinheiten ersetzen, die weggefallen sind. Bezüglich Infrastruktur muss sie die Anwesenden fragen, ob sie in den Lebensmittelläden gemerkt haben, dass 78 Wohnungen weggefallen sind und es in letzter Zeit weniger Leute gab. Denn diese würden einfach wieder ersetzt werden. Wenn es ein solcher Druck auf die Infrastruktur wäre, wie dies die SVP und andere meinen, dann hätten dies alle Anwesenden an den Kassen der Lebensmittelgeschäfte merken müssen.

Die Rednerin plädiert dafür, dass man weitere Möglichkeiten prüft und in Binningen auch andere Möglichkeiten sucht, um Bäume zu pflanzen und Erholungsräume zu schaffen. Es wurden z.B. bereits Vorstösse eingereicht, um den Schlosspark aufzuwerten, zum Thema Zolli Erweiterung und Aufwertung der Hauptstrasse. Es sollten noch weitere Möglichkeiten geprüft werden, um Grünflächen und Erholungsflächen zu schaffen. Ihre Fraktion hat das Behördenreferendum ergriffen und unterstützt, weil sie es wichtig findet, dass ein solcher Prozess nicht von 21 Menschen entschieden wird, sondern dass man den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern die Möglichkeit gibt, über dieses wichtige und finanziell grosse Projekt zu entscheiden. Die Mitte/GLP steht weiter dazu, dass sie es wichtig findet, dass die Bevölkerung die Möglichkeit hat, an die Urne zu gehen. In diesem Sinn fordert sie alle auf, sich eine eigene Meinung

zu diesem Park zu bilden, der im ersten Moment sehr sympathisch tönt, aber wenn man genau hinschaut, doch grosse Nachteile hat.

Präsidentin Karin Müller, SP erinnert die Ratsmitglieder daran, dass heute nicht über den Inhalt des Parks diskutiert wird, sondern über die Medienmitteilung. Park ja oder nein steht nicht zur Debatte, sondern nur ja oder nein zur vorliegenden Medienmitteilung und in welcher Form. Sie bittet die Anwesenden, sich darauf zu beschränken.

Peter Frauchiger, FDP erklärt, die Präsidentin sei ihm zuvorgekommen. Allenfalls verleitet der grosse Publikumsaufmarsch und die zwei- bis dreifach Besetzung der Presse dazu, dass man diese Plattform für Sachen nutzt, um die es heute definitiv nicht geht. Wenn hier heute jemand Wahlkampf macht, dann kam das Paradebeispiel von seiner Vorrednerin. Das will man heute nicht hören, sondern man sollte relativ zügig zur Abstimmung kommen. Dann wird man die Mehrheitsverhältnisse wieder so darstellen, wie sie sind, und es ist für heute Abend hier im Saal erledigt. Der Rest ist Wahlkampf und der wird ausserhalb dieses Parlaments betrieben.

Olivier Kremo, SVP ist erstaunt über die GLP, da sämtliche anwesenden GLP-Einwohnerrätinnen und -Einwohnerräte erst kürzlich bei den Einwohnerratswahlen auf ihrem Smartvote-Profil klar ja gesagt haben zu diesem Park. Er ist sehr erstaunt über diesen Meinungswandel.

Stephan Siegel, SVP möchte anschliessend an die Vorrednerin Gaida Löhr, die die Berücksichtigung der Minderheit angesprochen hat, erwähnen, dass sich bei einer solchen Medienmitteilung wieder zeigt, wenn der Einwohnerrat eine andere Meinung hat als der Gemeinderat, dann wird nicht mit gleich langen Spiessen gekämpft. Dem Gemeinderat steht eine professionelle Verwaltung zur Verfügung. Sie können Abstimmungsbüchlein formulieren, im Binner Anzeiger jedes Mal auf der ersten Seite schreiben und Medienmitteilungen verfassen. Wenn es halt so einseitig ist, dann kommt das dabei raus. Es ist verständlich, auch etwas überhissen, aber halt notwendig. Der Unterschied zwischen den Milizlern, die hier im Einwohnerrat sitzen und heute vermutlich auch anderes zu tun hätten, und der professionellen Verwaltung und dem Gemeinderat ist einfach ein Ungleichgewicht. Der Redner möchte darum bitten, in Zukunft etwas genauer darauf zu achten.

Andrea de Fregias, SP äussert, Peter Frauchiger habe es gesagt, es ist heute nicht das Thema, im Detail über den Inhalt dieser Initiative zu sprechen. Aber sie ist auch der Meinung, dass man nicht darüber diskutieren sollte, ob jemand seine Meinung geändert hat oder nicht. Bis zum 18. Mai kann jeder selbst entscheiden, was er abstimmen möchte. Es gehört aber heute nicht in die Diskussion.

Roman Oberli, SVP muss trotzdem noch rasch seiner Vorrednerin entgegen. Es geht hier nämlich nicht um eine Enteignung, wie behauptet wird, sondern es geht, wie es Gaida Löhr bereits gesagt hat, um die Grundsatzfrage. Aber wenn man schon von Enteignung redet, findet er es seltsam, dass die Partei jetzt jammert, dass enteignet wird, die vor drei Jahren selbst enteignet hat und damals Private.

ABSTIMMUNG

Da es keine weiteren Voten mehr gibt, möchte die Präsidentin zu den Abstimmungen kommen. Es liegen viele Anträge vor. Sie möchte es heute so machen, dass die Anträge am Beamer projiziert werden, während der Rat darüber diskutiert. Anschliessend muss der Rat kurz warten, damit auf die Abstimmungsanlage umgeschaltet werden kann. Die Präsidentin möchte mit den Anträgen der Mitte/GLP starten. Bei Antrag 1 geht es um einen grundsätzlichen Antrag, ob man diesen Abschnitt mit der Minderheitsansicht so in die Medienmitteilung einbauen will.

Der Antrag lautet:

«Auch Stimmen gegen die Initiative im Einwohnerrat

Rund ein Drittel des Einwohnerrats spricht sich gegen die Initiative aus. Sie sehen das zentral gelegene Spiesshöfli-Areal als geeignet für die Schaffung von Wohnraum – auch als Ersatz für die Wohnungen, die zuvor auf dem Areal bestanden und dem Doppelspurausbau der BLT weichen mussten. Das geplante Projekt würde hohe Nachhaltigkeitsstandards erfüllen; zudem sind die Renaturierung der Birsig sowie die Schaffung von Grünflächen vorgesehen. Aus Sicht der Gegner der Initiative widersprechen die Ent-eignung von drei Eigentümern und die damit verbundenen hohen Entschädigungskosten dem Prinzip der Eigentumsfreiheit sowie einer verantwortungsvollen Finanzpolitik.».

Die Präsidentin fragt bei der Mitte/GLP nach, wo dieser Abschnitt in die Medienmitteilung eingefügt werden soll oder ob ihnen das egal ist.

Rahel Amacker, Mitte/GLP antwortet, sicher nicht ganz zu Beginn. Es ist als Unterkapitel gedacht, vielleicht als letztes.

Christoph Daniel Maier, FDP möchte wissen, ob sich die Fraktionen zu diesem Antrag kurz austauschen dürfen.

Es gibt keine Opposition gegen diesen Antrag. Die Präsidentin unterbricht die Sitzung für fünf Minuten.

PAUSE

Christoph Daniel Maier, FDP erläutert, seine Fraktion denke nicht, dass es eine gute Idee ist, hier im Einwohnerrat an einzelnen Worten zu feilen. Die FDP könnte im Wesentlichen auf die mildernde Version der Mitte/GLP eintreten und möchte nur noch über zwei Punkte diskutieren. Diese zwei Punkte betref-fen die Anträge 3 und 11. Bei den anderen Punkten würde er beliebt machen, und er konnte in der Pause mit den meisten Fraktionen sprechen, dass der Rat im Sinn, dass man eine Version erhält, die den Einwohnerrat repräsentiert und in der die einzelnen Positionen dargestellt werden, schneller und vor allem ausgeglichener zu dieser Medienmitteilung kommt. Schlussendlich ist es eine Stellungnahme, die man dann hoffentlich grossmehrheitlich miteinander verabschieden kann.

Präsidentin Karin Müller, SP fragt nochmals bei Christoph Maier nach, ob sie es richtig verstanden hat. Er möchte alle Anträge annehmen und nur noch über die Anträge 3 und 11 der Mitte/GLP diskutieren?

Christoph Daniel Maier, FDP erklärt, dies sei der Vorschlag. Man kann es selbstverständlich ergänzen, wenn noch jemand über einen anderen Antrag diskutieren möchte. Seiner Ansicht nach muss man aber einen Weg finden, wie man im Verfahren vorwärtskommt. Es wäre dem Parlament auch in dem Sinn, dass es heute ein hohes Publikumsinteresse gibt, würdig, dass es weiss, wie man mit komplexen Sachen umgeht, um schlussendlich zu einem gemeinsamen Resultat zu kommen.

Einwohnerratspräsidentin Karin Müller, SP sieht ein Problem. Es gibt von den Grünen/EVP und der Mitte/GLP gewisse Anträge, wo die einen etwas streichen möchten und die anderen an der gleichen Stelle etwas ergänzen möchten. Sie gibt das Wort wieder ans Plenum und bittet um Voten, wie vorge-gangen werden soll.

Sirin Hauri, Grüne/EVP äussert, ihre Fraktion habe den Antrag gestellt, dass man Antrag 1 der Mitte/GLP, den die Grünen/EVP unterstützen, da er die Minderheitsmeinung darstellt, als zweitletzten Abschnitt in die Medienmitteilung einsetzt. Damit dies klar für alle geregelt ist. Bezüglich den Ände-rungsvorschlägen sind die Mitglieder der Fraktion nicht alle gleicher Meinung. Die Votantin könnte da-mit leben, dass die Grünen/EVP ihre Anträge aufgeben und man einfach über die Anträge der Mitte/GLP diskutiert. Sie glaubt, dadurch dass an den gleichen Stellen Anträge gestellt wurden, zeige sich, dass den beiden Fraktionen die gleichen Sachen etwas gestört haben. Man könnte die Anträge aber auch noch miteinander vergleichen. Es kommt darauf an, was die anderen möchten.

Richard Bräunlich, SP führt aus, es seien Meinungen der Parteien, die hier ihre Sachen aufschreiben. Wenn man einen Leserbrief schreibt, dann kann auch jeder schreiben, was er will. Es gibt viele Sachen, die er etwas merkwürdig findet. Auf der anderen Seite ist es so, dass es halt Ansichten sind über Pries etc. Wehrt sich der Besitzer bei der Enteignung, dann kommt es teurer. Wehrt er sich nicht, dann wird es günstiger. Dass sind alles Sachen, für die man einen Blick in die Glaskugel werfen müsste. Der Einwohnerrat kann eigentlich veröffentlichen, was er möchte. Der Stimmbürger wird dies schlussendlich entscheiden. Die Plakate und Leserbriefe sind ja veröffentlicht. Er findet, der Stimmbürger sei mündig genug, um sich eine Meinung zu bilden und dann ja, nein oder Enthaltung zu stimmen.

Gaida Löhr, SP ist etwas überrascht vom Antrag der FDP. Ihrer Meinung nach gibt es zwei Varianten. Die eine Variante ist, dass die Mehrheit sagt, was sie schreiben möchte und die Minderheit sagt, was sie schreiben möchte und das wird publiziert. Wenn man Antrag 1 der Mitte/GLP annimmt, dann nimmt sie nicht das an, was hier drinnen steht, sondern dann nimmt sie das Recht der Minderheit an, ihre Meinung klar darzulegen. Dann beansprucht sie aber auch für die Mehrheit das Recht, dass die Mehrheit entscheidet, was sie im Text haben möchte. Grundsätzlich hat sich die Votantin x Anträge der Mitte/GLP angestrichen, die sie unterstützen wollte. Aber die Grundsatzunterstützung ist Antrag 1. Dort steht einiges drin, das sie nicht unterstützen möchte. Sie unterstützt es aber, da sie findet, es sei demokratisch. Das heisst für sie aber, dass die Mehrheit auch entscheidet, was im anderen Text steht. In diesem Sinn möchte sie die FDP ermuntern, sich zu überlegen, ob sie jetzt plötzlich alle Anträge der Mitte/GLP unterstützt und nicht doch überlegt, welche Punkte sie unterstützen möchte und welche nicht. Die Rednerin hätte z.B. Antrag 2 nicht unterstützt.

Roman Oberli, SVP teilt mit, Gaida Löhr spreche ihm aus der Seele. Wenn sich die SP und die SVP immer so gut verstehen würden, dann hätte man eine Harmonie. Der Redner kann dem Votum seiner Vorrednerin zustimmen. Entweder sagt die Mehrheit, was sie möchte und dann wird das veröffentlicht. Und die Minderheit darf ohne Änderungen sagen, was sie möchte und dies wird so veröffentlicht. Oder man muss über alle Punkte diskutieren. Er findet, es könne nicht sein, dass die Mehrheit die Minderheitsmeinung akzeptieren und gleichzeitig alle Punkte von sich selbst zusammenstreichen lassen muss. Daher würde er gerne dem Vorgehen von Gaida Löhr folgen.

Rahel Amacker, Mitte/GLP dankt der FDP für ihre Offenheit. Aufgrund dessen, was sie sonst gehört hat, scheint es ihr aber einfacher, über die einzelnen Anträge abzustimmen. In Antrag 1 geht es darum, dass auch die Minderheitsmeinung in einem kleinen Abschnitt eingebaut wird. Die Minderheit umfasst nur ein Drittel, aber der Einwohnerrat ist keine Kollegialbehörde. Der Einwohnerrat spricht ein Spektrum von Meinungen aus. Bei den anderen Anträgen, und hier ist die Mitte/GLP auch bereit, andere Anträge zu hören oder Abänderungen vorzunehmen, haben sie versucht, es möglichst sachlich darzustellen und die Überspitzung ein wenig rauszunehmen. Es sind also zwei unterschiedliche Gründe. Die Votantin findet, bei Antrag 1 habe ihre Fraktion auch versucht, möglichst sachlich die Contra-Argumente darzulegen. Das Gleiche möchten sie beim Rest, denn es ist eine behördliche Medienmitteilung und kein Leserbrief. Der Ton scheint ihr dabei sehr wichtig. Auch wenn es ein emotionaler Abstimmungskampf ist, spielt das Parlament ansonsten mit dem Vertrauen in die Politik. Die Mitte/GLP möchte sachlich und ausgewogen bleiben.

Hubert Steffen, SVP erklärt, was ihn an diesem Text störe, sei der letzte Abschnitt. Man könnte das Gefühl haben, dass der Einwohnerrat enteignen würde. Dabei war dies davor schon so. Der Kanton und die BLT haben das Land gekauft, die Leute enteignet und danach die Häuser abgerissen. Das fehlt ihm. Es ist eine einseitige Darstellung, dass wir plötzlich enteignen würden.

Christian Schmid, SVP erläutert, es wurde viel von der Minderheitsmeinung gesprochen, die man grundsätzlich immer respektieren sollte. Aber wenn er die Medienmitteilung des Gemeinderats anschaut, sieht er kein einziges Pro-Argument. Er geht vorsichtig davon aus, dass es im Gemeinderat kein einstimmiger Entscheid gegen den Park war. Daher hätte er persönlich kein Problem damit, wenn die Medien-

mitteilung des Einwohnerrats relativ einseitig Pro wäre. Wenn man im Binningen spazieren geht, sieht man keine einzige APG-Plakatwand, auf der kein Nein-Plakat hängt. Der Votant möchte den Gemeinderat nochmals daran erinnern, dass er die Exekutive ist, die Sachen ausführt und kein Meinungs-machungs-Organ.

Peter Frauchiger, FDP reibt sich etwas an Antrag 1 auf, denn das ist die Minderheitsmeinung. Rahel Amacker hat vorhin gesagt, man habe versucht, sachlich zu bleiben. Bis zum letzten Abschnitt sieht er das. Aber er möchte diesen extra nochmals vorlesen für die Zuschauenden und wird nachher begründen, warum er es dort nicht mehr sieht: «Aus Sicht der Gegner der Initiative widersprechen die Enteignung von drei Eigentümern und die damit verbundenen hohen Entschädigungskosten [...]». Das suggeriert, es gebe hohe Entschädigungskosten. Es werden auch Zahlen geboten, über die man sich im Wahlkampf separat eine Meinung machen kann, wo diese sind und wo eben nicht. Das ist Punkt eins. Der Satz geht weiter: «[...] dem Prinzip der Eigentumsfreiheit sowie einer verantwortungsvollen Finanzpolitik.». Das suggeriert, wenn man den Park annimmt, dann handelt die Gemeinde finanzpolitisch nicht verantwortungsvoll. Das ist etwas überspitzt gesagt eine Angstmacherei. Das liest man, bekommt womöglich Angst und legt etwas Anderes ein, als man vielleicht möchte. Er hat nun an diesen beiden Feinheiten begründet und ist überzeugt, dass es gescheite Köpfe in der Mitte/GLP gibt und ein gutes Backup. Er behauptet daher, dies komme nicht von ungefähr. Das liest man einfach so zwischen den Zeilen, die Finessen. Der Redner findet dies nicht sachlich korrekt wiedergegeben.

Christoph Daniel Maier, FDP hat den Eindruck, sein Versuch, die Diskussion zu vereinfachen, sei offenbar nicht so im Rat angekommen, wie er es versucht hat zu vermitteln. Es bleibt dem Rat unbenommen, den einzelnen Anträgen zuzustimmen. Vielleicht ist es einfacher, wenn man durch die einzelnen Anträge durchgeht und darüber abstimmt. Dann fallen die Entscheidungen über die einzelnen Anträge halt dann. Der Redner denkt, die gegenteiligen Anträge, dass man hier wirklich in die Redaktion entsteigt, ist zu kompliziert für ein so grosses Gremium.

Rahel Amacker, Mitte/GLP teilt mit, ihre Fraktion könne sich vorstellen, bei Antrag 1 eine zweite Abstimmung zu machen mit der Streichung des letzten Satzes. Sie findet, es sollte nicht an diesem Satz scheitern, dass die Minderheitsmeinung dann gar keinen Eingang findet.

ABSTIMMUNG

Die Präsidentin fragt nochmals bei Christoph Maier nach, ob er seinen Antrag zurückzieht, den 18 Anträgen in globo zuzustimmen. Das wird bejaht. Somit wird als erstes darüber abgestimmt, ob der letzte Satz im Antrag 1 der Mitte/GLP gestrichen werden soll.

Streichung letzter Satz von Antrag 1 der Mitte/GLP: 21 JA / 12 NEIN / 2 Enthaltungen (Abstimmung 02)

://: Der letzte Satz von Antrag 1 der Mitte/GLP: «Aus Sicht der Gegner der Initiative widersprechen die Enteignung von drei Eigentümern und die damit verbundenen hohen Entschädigungskosten dem Prinzip der Eigentumsfreiheit sowie einer verantwortungsvollen Finanzpolitik.» wird gestrichen.

Roman Oberli, SVP hat die Hoffnung noch nicht ganz aufgegeben, dass man heute Abend ohne redaktionelle Änderungen auskommt. Daher hat er einen Antrag eingereicht, dass die Mehrheitsmeinung unverändert abgebildet wird, genauso wie die Minderheitsmeinung unverändert abgebildet wird. Man kann dann jeweils noch dazu sagen, dass die Mehrheit die Meinung hat und die Minderheit diese. Dann müsste man nicht alle Anträge einzelnen durchgehen, wie dies vorhin schon erwähnt wurde.

Monique van Loon, Mitte/GLP hat nicht verstanden, wieso der Rat nicht über den Antrag von Christoph Maier abgestimmt hat.

Einwohnerratspräsidentin Karin Müller, SP antwortet, weil er den Antrag zurückgezogen hat.

Jonathan Noack, SP möchte kurz auf das Votum von Roman Oberli eingehen. Was jetzt generell passiert, findet er sehr interessant. Es merken alle, dass sie sich nicht hinter das stellen können, was sie hier gemeinsam beschliessen. Das ist wahrscheinlich der Grund, weshalb Parlamente in der Regel auch keine Medienmitteilungen verschicken. Denn es ist schwierig, dass 40 Leute sich hinter eine Medienmitteilung stellen können. Er findet den Vorschlag, dass man beide Seiten unverändert mitnimmt, einen guten Vorschlag. Würde das heissen, dass man zwei Medienmitteilungen hat? Einen Teil «Ja», einen Teil «Nein» und dann die Mehrheitsverhältnisse? Oder heisst es einfach, dass man den einen Abschnitt hinzufügt?

Sirin Hauri, Grüne/EVP findet auch, ins Detail zu gehen sei schwierig mit so vielen Personen. Aber sie fände es schade, wenn man hier keinen gemeinsamen Nenner finden könnte. Sie hat das Gefühl, dies sei möglich. Das Parlament hat bereits eine redaktionelle Anpassung der Minderheitsmeinung gemacht. Sie findet einen Teil der Anpassungen an der Mehrheitsmeinung durchaus gut und sie fände es gut, wenn man darüber einzeln abstimmen könnte.

Gaida Löhr, SP schliesst sich weitgehend Sirin Hauri an. Sie findet es nicht fair, wenn der Rat am Minderheitsantrag einen Absatz streicht und dann sagt, man stimme nicht über den Rest ab, weil die Mehrheit selbst sagt, was darinstehen soll. Das geht ihrer Ansicht nach nicht. Nur die Mitte/GLP kann ihre Anträge zurückziehen. Wenn sie dies macht, schön. Sonst ist die Votantin der Meinung, man stimme ab, wobei sie sehr froh wäre, wenn man dies machen könnte, ohne jeden Antrag zu diskutieren. Das ist auch schon fast ein Antrag.

Roman Oberli, SVP erwähnt, es sei nicht sein Ziel gewesen, dass bereits über Antrag 1 abgestimmt wird. Er hätte seinen Antrag gerne davor gestellt. An die Adresse von Jonathan Noack gerichtet äussert der Redner, er sei offen, ob man hier zwei Meinungen darstellt und am Schluss die Mehrheitsverhältnisse. Hauptsache ist, dass das Communiqué veröffentlicht wird.

Die Präsidentin gibt Roman Oberli recht. Sie wollte eigentlich auch so vorgehen. Sie schlägt vor, nun über seinen Antrag abzustimmen mit dem Vorbehalt, dass dann der letzte Satz von Antrag 1 der Mitte/GLP wieder eingefügt wird. Wäre das im Sinn des Antragstellers? Er bejaht die Frage.

Somit wird über den Antrag von Roman Oberli, SVP angestimmt: «Der Einwohnerrat beschliesst eine Medienmitteilung, in welcher die Mehrheitsmeinung sowie die Minderheitsmeinung unverändert wiedergegeben wird.», mit dem Vorbehalt, dass wenn der Rat dem Antrag zustimmt, der letzte Satz in Antrag 1 wieder eingefügt wird.

Jonathan Noack, SP möchte zur Präzisierung trotzdem wissen, ob das heisst, dass die Minderheitsmeinung einfach alle Anträge der Mitte/GLP wären oder ob das heisst, die Minderheit würde einen eigenen Teil schreiben. Das scheint ihm eine wichtige Unterscheidung.

Einwohnerratspräsidentin Karin Müller, SP antwortet, aus ihrer Sicht wäre es einfach Antrag 1 und der Rest bliebe, wie es ist. Das ist ihr Verständnis von diesem Antrag. Sieht sie das falsch?

Roman Oberli, SVP findet, aus Fairness-Gründen könnte man beschliessen, dass anhand des Mehrheitsentscheids das Pro-Lager prozentual so und so viele Zeichen erhält, in denen es schreiben kann, was es möchte, und das Nein-Lager erhält prozentual so viele Zeichen.

Jonathan Noack, SP hat noch eine Frage zur Präzisierung. Das heisst, der Rat würde heute Abend keine Medienmitteilung beschliessen? Die Pro-Seite und die Contra-Seite würden beide ihre Teile erarbeiten und man würde in den nächsten Tagen, oder wann auch immer, entscheiden, was man macht? Er sieht nicht, wie man dies heute Abend pfannenfertig bekommt.

Gaida Löhr, SP erklärt, die Ratsmitglieder seien heute Abend hierhin gekommen und es gibt Anträge. Es gibt einen Antrag der Mehrheit und einen Antrag der Minderheit. Sie ist der Meinung, man gehe dem nach und fange nun nicht an, etwas völlig Neues zu erfinden. Sonst schreibt am Schluss jeder offiziell, was der Einwohnerrat denkt, was eine Minderheit und was eine Mehrheit denkt. Sie findet, der Rat sollte über die Texte abstimmen, die vorliegen. Nur dann sind es Mitteilungen von Teilen des Einwohnerrats, nämlich von der Mehrheit und der Minderheit. Wenn man es nicht so macht, findet sie es total unseriös.

Roman Oberli, SVP teilt mit, sein Hauptanliegen war es, dass es keine ewig lange redaktionelle Sitzung gibt. Mittlerweile wird länger über seinen Antrag diskutiert, daher würde er diesen gerne zurückziehen.

ABSTIMMUNG

Die Präsidentin kommt damit zur nächsten Abstimmung. Es geht darum, ob dem Antrag 1 der Mitte/GLP zugestimmt werden soll, ohne den letzten Satz.

Antrag 1 der Mitte/GLP: 31 JA / 1 NEIN (Abstimmung 03)

Es folgt ein Antrag der Grünen/EVP zu diesem Abschnitt. Die Fraktion möchte, dass der Abschnitt als zweitletzter Abschnitt in die Medienmitteilung aufgenommen wird.

Antrag Grüne/EVP: Minderheitsmeinung als zweitletzter Abschnitt: 32 JA / 2 NEIN / eine Enthaltung (Abstimmung 04)

://: Folgender Text wird als zweitletzter Abschnitt in die Medienmitteilung aufgenommen:

«Auch Stimmen gegen die Initiative im Einwohnerrat

Rund ein Drittel des Einwohnerrats spricht sich gegen die Initiative aus. Sie sehen das zentral gelegene Spiesshöfli-Areal als geeignet für die Schaffung von Wohnraum – auch als Ersatz für die Wohnungen, die zuvor auf dem Areal bestanden und dem Doppelspurausbau der BLT weichen mussten. Das geplante Projekt würde hohe Nachhaltigkeitsstandards erfüllen; zudem sind die Renaturierung der Birsig sowie die Schaffung von Grünflächen vorgesehen.»

Mit ihrem Antrag 2 beantragt die Mitte/GLP, folgenden Satz im fett gedruckten Teil der Medienmitteilung zu streichen: «Es wird nie mehr so günstig eine Freifläche im Zentrum von Binningen zu schaffen.».

Antrag 2 der Mitte/GLP: 13 JA / 22 NEIN (Abstimmung 05)

://: Der Satz «Es wird nie mehr so günstig eine Freifläche im Zentrum von Binningen zu schaffen.» wird nicht aus der Medienmitteilung gestrichen.

In Antrag 3 der Mitte/GLP geht es darum, im fett gedruckten Abschnitt der Medienmitteilung den Satz «Die Entschädigung an den Kanton, die BLT und eine Zürcher Stiftung würden rund CHF 10 Mio. betragen.» wie folgt abzuändern: «Die Entschädigung an den Kanton, die BLT und eine Zürcher Stiftung werden auf einen niedrigen zweistelligen Millionenbetrag geschätzt.».

Antrag 3 der Mitte/GLP: 20 JA / 12 NEIN / eine Enthaltung (Abstimmung 06)

://: Der Satz «Die Entschädigung an den Kanton, die BLT und eine Zürcher Stiftung würden rund CHF 10 Mio. betragen.» wird wie folgt abgeändert: «Die Entschädigung an den Kanton, die BLT und eine Zürcher Stiftung werden auf einen niedrigen zweistelligen Millionenbetrag geschätzt.».

Der Antrag 4 der Mitte/GLP bezieht sich ebenfalls auf den fett gedruckten Teil der Medienmitteilung. «Der Einwohnerrat hat die Initiative für einen Birsigpark klar angenommen. [...] Der Einwohnerrat empfiehlt die Initiative darum am 18. Mai zur Annahme.» soll geändert werden in «Der Einwohnerrat hat die Initiative für einen Birsigpark klar angenommen und empfiehlt sie am 18. Mai zur Annahme.».

Sirin Hauri, Grüne/EVP erwähnt, der Antrag mache ihres Erachtens nicht so viel Sinn, weil der Satz dazwischen nicht gestrichen wurde. Der Satz «Es wird nie mehr so günstig eine Freifläche im Zentrum von Binningen zu schaffen.» steht zwischen den beiden Sätzen und würde gestrichen werden.

Rahel Amacker, Mitte/GLP antwortet, der Satz würde nicht gestrichen werden. Es ging darum, dass die Mitte/GLP den Satz streichen wollte und das Argument mit dem Geldbetrag wurde umformuliert. Damit hat das «darum» nicht mehr wirklich Sinn gemacht. Es wird kein Satz gestrichen, sondern es soll mit der Umformulierung einfach etwas mehr Sinn machen.

Antrag 4 der Mitte/GLP: Einstimmig JA (Abstimmung 07)

://: Die beiden Sätze «Der Einwohnerrat hat die Initiative für einen Birsigpark klar angenommen. [...] Der Einwohnerrat empfiehlt die Initiative darum am 18. Mai zur Annahme.» werden wie folgt umformuliert «Der Einwohnerrat hat die Initiative für einen Birsigpark klar angenommen und empfiehlt sie am 18. Mai zur Annahme.».

In Antrag 5 der Mitte/GLP geht es um den ersten Abschnitt der Medienmitteilung. Die bisherige Version «Der Einwohnerrat hat an seiner Sitzung vom 4. November 2024 die Initiative für einen Birsigpark mit 24 zu 17 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.» soll wie folgt angepasst werden «Der Einwohnerrat hat an seiner Sitzung vom 4. November 2024 die Initiative für einen Birsigpark mit 24 zu 13 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.».

Gaida Löhr, SP ist der Meinung, es brauche keine Abstimmung. Es ist freundlicherweise eine Korrektur eines Fehlers, den das Komitee bei seinem Antrag gemacht hat. Dass man die Zahlen richtigstellt, muss man ihrer Ansicht nach nicht beantragen. Das muss man einfach machen.

Die Präsidentin fragt, ob der Rat mit diesem Vorgehen einverstanden ist oder abstimmen will. Es wird über den Antrag abgestimmt.

Antrag 5 der Mitte/GLP: 32 JA (Abstimmung 08)

://: Die bisherige Version «Der Einwohnerrat hat an seiner Sitzung vom 4. November 2024 die Initiative für einen Birsigpark mit 24 zu 17 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.» wird korrigiert in «Der Einwohnerrat hat an seiner Sitzung vom 4. November 2024 die Initiative für einen Birsigpark mit 24 zu 13 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.».

Bei Antrag 6 geht es um den ersten Zwischentitel «Grünraum statt überdimensionierte Häuserriegel». Der Änderungsvorschlag der Mitte/GLP lautet «Grünraum statt Wohnprojekt».

Roman Oberli, SVP hat eine kurze Rückfrage an die Mitte/GLP. Könnte man sich auf den Kompromiss «Grünraum statt überdimensioniertes Wohnprojekt» einigen?

Rahel Amacker, Mitte/GLP verneint die Frage. Es geht ihnen vor allem auch um das Wort «überdimensioniert».

Sirin Hauri, Grüne/EVP möchte wissen, ob es irgendeinen anderen Vorschlag gibt. Denn sie stört ehrlich gesagt beides ein wenig. Der «überdimensionierte Häuserriegel» ist vielleicht etwas tendenziös, das gibt sie zu. Aber «Wohnprojekt» tönt dann halt sehr positiv und das ist ja nicht die Haltung der Mehrheit des Rats. Daher ist sie hier etwas hin und her gerissen. Gibt es noch einen anderen Vorschlag?

Gaida Löhr, SP fragt, ob es akzeptabel wäre, wenn man nur «überdimensioniert» streichen würde und den «Häuserriegel» belassen würde.

Monique van Loon, Mitte/GLP schlägt «Bauprojekt» vor.

Roman Oberli, SVP möchte den Standpunkt der SVP in Erinnerung rufen, dass im Einwohnerrat deutlich darauf hingewiesen wurde, dass es aus Sicht des Pro-Lagers des Birigparks ein überdimensioniertes Projekt ist. Wenn jetzt das Wort «überdimensioniert» nicht in der Medienmitteilung stehen darf, zeigt das genau, dass seitens der Mitte/GLP-Fraktion keine Kompromissbereitschaft besteht.

Sirin Hauri, Grüne/EVP macht den Vorschlag, den Zwischentitel in «Grünraum schaffen» abzuändern und den Bezug zum Wohnprojekt wegzulassen, da sich der ganze Abschnitt darauf bezieht, Grünraum zu schaffen. Das wäre eine positive Formulierung.

Jonathan Noack, SP kommt nochmals auf das zurück, was am Anfang gesagt wurde. Es soll eine Medienmitteilung in einem sachlichen Ton geschrieben werden, hinter der alle stehen können. Wörter wie «überdimensionierter Häuserriegel» sind definitiv kein sachlicher Ton, den er von einer Medienmitteilung erwartet. Der Redner findet «Wohnprojekt» auch keine wahnsinnig positive Formulierung, wenn auf der anderen Seite «Grünraum» steht. Wenn die Mehrheit des Rats der Meinung ist, dass es überdimensioniert ist, heisst das noch nicht, dass man es so formuliert. Denn das Ziel ist, dass alle dahinterstehen können.

Einwohnerratspräsidentin Karin Müller, SP informiert, *Sirin Hauri* von den Grünen/EVP stelle den Antrag, den Zwischentitel in «Grünraum schaffen» abzuändern. Dieser Antrag wird dem Antrag der Mitte/GLP gegenübergestellt.

Ausmehren

Antrag Grüne/EVP: Grünraum schaffen: 24 JA

Antrag Mitte/GLP: Grünraum statt Wohnprojekt: 6 JA

3 Enthaltungen (Abstimmung 09)

Antrag Grüne/EVP: Einstimmig JA (Abstimmung 10)

://: Der Zwischentitel «Grünraum statt überdimensionierte Häuserriegel» wird in «Grünraum schaffen» abgeändert.

Antrag 7 der Mitte/GLP ist ebenfalls ein Änderungsantrag. Es geht darum, im dritten Abschnitt folgenden Satz «Wo sich im Sommer die Hitze staut und der Verkehrslärm gross ist, verschafft der Birsigpark Luft zum Atmen und Kühlung dank dem Zusammenspiel von Vegetation und Wasser.» wie folgt anzupassen «Wo sich im Sommer die Hitze staut und der Verkehrslärm gross ist, verschafft der Birsigpark Kühlung und trägt positiv zum Mikroklima bei dank dem Zusammenspiel von Vegetation und Wasser.»

Antrag 7 der Mitte/GLP: 29 JA / eine Enthaltung (Abstimmung 11)

://: Der Satz «Wo sich im Sommer die Hitze staut und der Verkehrslärm gross ist, verschafft der Birsigpark Luft zum Atmen und Kühlung dank dem Zusammenspiel von Vegetation und Wasser.» wird geändert in «Wo sich im Sommer die Hitze staut und der Verkehrslärm gross ist, verschafft der Birsigpark Kühlung und trägt positiv zum Mikroklima bei dank dem Zusammenspiel von Vegetation und Wasser.».

Antrag 8 der Mitte/GLP beantragt ebenfalls im dritten Abschnitt die Änderung des Satzes «Der Plan des Gemeinderats dagegen setzt auf sechs- bis siebenstöckige Häuserriegel.» in «Der Plan des Gemeinderats dagegen setzt auf sechs- bis siebenstöckige Wohnbauten.»

Antrag 8 der Mitte/GLP: 30 JA (Abstimmung 12)

://: Der Satz «Der Plan des Gemeinderats dagegen setzt auf sechs- bis siebenstöckige Häuserriegel.» wird wie folgt abgeändert «Der Plan des Gemeinderats dagegen setzt auf sechs- bis siebenstöckige Wohnbauten.»

Antrag 9 der Mitte/GLP möchte im gleichen Abschnitt folgenden Satz streichen «Das Birsigufer würde privatisiert bleiben.».

Antrag 9 der Mitte/GLP: 25 JA / 10 NEIN (Abstimmung 13)

://: Der Satz «Das Birsigufer würde privatisiert bleiben.» wird gestrichen.

Mit Antrag 10 beantragt die Mitte/GLP den Satz «Wir möchten einen öffentlichen Park, nicht überdimensionierte Hochbauten.» wie folgt zu ändern «Die Mehrheit des Einwohnerrates möchte einen öffentlichen Park und keine mehrstöckigen Wohnbauten.»

Antrag 10 der Mitte/GLP: 33 JA / 2 NEIN (Abstimmung 14)

://: Der Satz «Wir möchten einen öffentlichen Park, nicht überdimensionierte Hochbauten.» wird geändert in «Die Mehrheit des Einwohnerrates möchte einen öffentlichen Park und keine mehrstöckigen Wohnbauten.»

Die Präsidentin kommt zu Antrag 11 der Mitte/GLP. Hier geht es um den ganzen Abschnitt vier. Die bisherige Version: «Wo viele Leute wohnen, ist es besonders wichtig, Räume zum Auftanken, zum Spiel und zur Pflege sozialer Kontakte zu schaffen. Der Birsigpark leistet genau das. Für Familien mit Kleinkindern, die keine Gärten haben, ist es wertvoll, Grünflächen nahe bei ihren Wohnungen nutzen zu können, ohne auf Auto oder Bus angewiesen zu sein, um Spielplätze auf den Hügeln zu erreichen. Denken wir auch an betagte und in ihrer Mobilität eingeschränkte Menschen, für die der Birsigpark einen grossen Mehrwert schafft. Der Birsigpark wertet die Wohnlagen im Tal qualitativ auf.» soll wie folgt geändert werden «Wo viele Menschen wohnen, ist es besonders wichtig, Räume zum Auftanken, zum Spielen und zur Pflege sozialer Kontakte zu schaffen. Obschon das Wohnbauprojekt öffentlich zugängliche Grünflächen und einen Spielplatz vorsieht, bietet der Birsigpark dafür mehr Raum. Für Familien mit Kleinkindern, die keine Gärten haben, ist es wertvoll, Grünflächen nahe bei ihren Wohnungen nutzen zu können, ohne auf Auto oder Bus angewiesen zu sein. Auch für betagte und in ihrer Mobilität eingeschränkte Menschen kann der Birsigpark einen grossen Mehrwert schaffen. Er wertet die Wohnlagen im Tal qualitativ auf.»

Christoph Daniel Maier, FDP erklärt, wie angekündigt habe die FDP zu diesem Änderungsvorschlag einen Abänderungsantrag, welcher für sie Bedingung wäre, um diesem Antrag zuzustimmen. Die Fraktion

möchte, dass der zweite Satz «Obschon das Wohnbauprojekt öffentlich zugängliche Grünflächen und einen Spielplatz vorsieht, bietet der Birsigpark dafür mehr Raum.» gestrichen wird.

Ausmehren

Antrag Mitte/GLP: Umformulierung Abschnitt: 12 JA

Antrag FDP: Streichung zweiter Satz: 22 JA
eine Enthaltung (Abstimmung 15)

Antrag 11 der Mitte/GLP ohne zweiter Satz: 32 JA / 2 NEIN (Abstimmung 16)

://: Der Absatz vier wird wie folgt angepasst «Wo viele Menschen wohnen, ist es besonders wichtig, Räume zum Auftanken, zum Spielen und zur Pflege sozialer Kontakte zu schaffen. Für Familien mit Kleinkindern, die keine Gärten haben, ist es wertvoll, Grünflächen nahe bei ihren Wohnungen nutzen zu können, ohne auf Auto oder Bus angewiesen zu sein. Auch für betagte und in ihrer Mobilität eingeschränkte Menschen kann der Birsigpark einen grossen Mehrwert schaffen. Er wertet die Wohnlagen im Tal qualitativ auf.»

Die Präsidentin kommt zu Antrag 1 der Grünen/EVP. Es geht um den nächsten Abschnitt unter dem Titel «Wir können uns den Park leisten: falsche Zahlen der Gegner». Die Grünen /EVP möchten den Titel in «Wir können uns den Park leisten: fragwürdige Zahlen der Gegner» ändern.

Antrag 1 der Grünen/EVP: 26 JA / 9 NEIN (Abstimmung 18)

://: Der Zwischentitel wird geändert in «Wir können uns den Park leisten: fragwürdige Zahlen der Gegner».

Zu Antrag 12 der Mitte/GLP gibt es den Antrag 2 der Grünen/EVP. Es geht um den Satz «Die Kosten, die die Gegner für den Erwerb des Areals auf Plakaten und Inseraten nennen, sind aus der Luft gegriffen.». Die Mitte/GLP möchte diesen streichen. Die Grünen/EVP möchten ihn abändern in «Die Kosten, die die Gegner für den Erwerb des Areals auf Plakaten und Inseraten nennen, sind aus Sicht des Einwohnerrates zu hoch geschätzt.».

Antrag 12 der Mitte/GLP: 12 Ja / 23 NEIN (Abstimmung 19)

Antrag 2 der Grünen/EVP: 34 JA / 1 NEIN (Abstimmung 20)

Jonathan Noack, SP möchte den Antrag stellen, anstelle von «aus Sicht des Einwohnerrates» «aus Sicht der Mehrheit des Einwohnerrates» zu schreiben.

Antrag Jonathan Noack, SP: aus Sicht der Mehrheit des Einwohnerrates: 30 JA / 4 NEIN (Abstimmung 21)

://: Der Satz «Die Kosten, die die Gegner für den Erwerb des Areals auf Plakaten und Inseraten nennen, sind aus der Luft gegriffen.» wird wie folgt abgeändert «Die Kosten, die die Gegner für den Erwerb des Areals auf Plakaten und Inseraten nennen, sind aus Sicht der Mehrheit des Einwohnerrates zu hoch geschätzt.».

Mit Antrag 13 beantragt die Mitte/GLP folgende Änderung. Der Abschnitt «Für die alten Häuser am Rand des Areals, die dem Doppelspurausbau der BLT weichen mussten, bezahlten der Kanton und die BLT den ehemaligen Eigentümern Preise unter Fr. 2000.-- pro Quadratmeter. Das ergibt weniger als 10 Millionen Franken, die die Gemeinde für den in ihr Eigentum wechselnden Park aufbringen müsste. Die massiv höheren Zahlen des Gemeinderats, haben keine Grundlage.» soll geändert werden in «Für die

alten Häuser am Rand des Areals, die dem Doppelspurausbau der BLT weichen mussten, bezahlten der Kanton und die BLT den ehemaligen Eigentümern Preise von unter CHF 2'000 pro Quadratmeter. Bezogen auf die damaligen Bodenpreise würde das bedeuten, dass die Gemeinde für den künftig in ihr Eigentum übergehenden Park weniger als CHF 10 Millionen aufbringen müsste. Die Bodenpreise sind seither jedoch gestiegen – dennoch wird die vom Gemeinderat genannte Summe von einer Mehrheit des Einwohnerrats kritisch hinterfragt.».

Zum letzten Satz in diesem Abschnitt «Die massiv höheren Zahlen des Gemeinderats, haben keine Grundlage.» gibt es zudem einen Streichungsantrag der Grünen/EVP.

Gaida Löhr, SP findet es nicht sehr sinnvoll, in einer Pressemitteilung bereits mitzuteilen, dass wir in den Verhandlungen, die je nach dem irgendwann stattfinden, mit höheren Preisen rechnen. Das tut ihr zutiefst weh. Sie findet dies keine gute Verhandlungstaktik. Damit setzt man ein falsches Zeichen und signalisiert schon heute, dass wir sicher mehr bezahlen werden, denn es ist ja jetzt mehr wert. So kann man ihrer Meinung nach nicht verhandeln.

Rahel Amacker, Mitte/GLP erläutert, von Seiten der Mitte/GLP könnte man den letzten Satz streichen. Sie wäre aber froh, wenn man über den Satz davor noch abstimmen würde. Sie möchten, dass dort steht, dass es auf die damaligen Preise bezogen ist.

Antrag 3 der Grünen/EVP: 20 JA / 14 NEIN / eine Enthaltung (Abstimmung 23)

Antrag 13 der Mitte/GLP ohne den letzten Satz: 14 JA / 21 NEIN (Abstimmung 24)

://: Der Satz «Die massiv höheren Zahlen des Gemeinderats, haben keine Grundlage.» wird gestrichen.

In Antrag 15 der Mitte/GLP geht es um den Abschnitt unter dem Titel «Es gibt keinen alternativen Standort für den Park». Die bisherige Version «Irritierend und fast schon täuschend ist die am 10. April im Binninger Anzeiger erhobene Behauptung des Gemeinderats, das Areal des Werkhofs an der Parkstrasse 29 biete sich für weitere Grünflächen an.» soll geändert werden in «Irritierend ist die am 10. April im Binninger Anzeiger erhobene Behauptung des Gemeinderats, das Areal des Werkhofs an der Parkstrasse 29 biete sich für weitere Grünflächen an.».

Antrag 15 der Mitte/GLP: 33 JA (Abstimmung 25)

://: Der Satz «Irritierend und fast schon täuschend ist die am 10. April im Binninger Anzeiger erhobene Behauptung des Gemeinderats, das Areal des Werkhofs an der Parkstrasse 29 biete sich für weitere Grünflächen an.» wird abgeändert in «Irritierend ist die am 10. April im Binninger Anzeiger erhobene Behauptung des Gemeinderats, das Areal des Werkhofs an der Parkstrasse 29 biete sich für weitere Grünflächen an.».

Mit ihrem Antrag 14 möchte die Mitte/GLP den Zwischentitel «Chance packen: Ja zur «Initiative für einen Birsigpark»» ändern in «Ja zur «Initiative für einen Birsigpark»».

Antrag 14 der Mitte/GLP: 32 JA / 3 NEIN (Abstimmung 26)

://: Der Zwischentitel wird geändert in «Ja zur «Initiative für einen Birsigpark»».

Die Präsidentin kommt zu Antrag 16 der Mitte/GLP. Die Fraktion beantragt mit Antrag 16a, folgenden Satz zu streichen «Am 18. Mai haben wir die grosse Chance, endlich etwas für unser Birsigtal und die

vielen dort lebenden Menschen zu tun.».

Antrag 16a der Mitte/GLP: 12 JA / 22 NEIN (Abstimmung 27)

Im Fall der Ablehnung ihres Antrags hat die Mitte/GLP einen weiteren Antrag 16b. Sie möchte die bisherige Version ersetzen durch folgenden Wortlaut: «Am 18. Mai haben wir die grosse Chance, etwas für unser Birsigtal und die vielen dort lebenden Menschen zu tun.».

Antrag 16b der Mitte/GLP: 28 JA / 5 NEIN (Abstimmung 28)

://: Der Satz «Am 18. Mai haben wir die grosse Chance, endlich etwas für unser Birsigtal und die vielen dort lebenden Menschen zu tun.» wird ersetzt durch «Am 18. Mai haben wir die grosse Chance, etwas für unser Birsigtal und die vielen dort lebenden Menschen zu tun.».

Antrag 17 der Mitte/GLP möchte eine Streichung des Satzes «Lassen Sie sich nicht von den falschen Zahlen der Gegenseite täuschen.».

Dazu gibt es einen Antrag der Grünen/EVP. Sie möchten den Satz wie folgt ändern: «Lassen Sie sich nicht von den Zahlen der Gegenseite täuschen.».

Antrag 17 der Mitte/GLP: 13 JA / 19 NEIN / 2 Enthaltungen (Abstimmung 29)

Antrag 4 der Grünen/EVP: 23 JA / 9 NEIN / 3 Enthaltungen (Abstimmung 30)

://: Der Satz «Lassen Sie sich nicht von den falschen Zahlen der Gegenseite täuschen.» wird geändert in «Lassen Sie sich nicht von den Zahlen der Gegenseite täuschen.».

Antrag 18 der Mitte/GLP bezieht sich auch auf den letzten Abschnitt der Medienmitteilung. Die Fraktion möchte die Streichung des Satzes «Es wird nie günstiger, mitten in Binningen einen naturnahen Grünraum zu schaffen.».

Antrag 18 der Mitte/GLP: 10 JA / 23 NEIN (Abstimmung 31)

://: Der Satz «Es wird nie günstiger, mitten in Binningen einen naturnahen Grünraum zu schaffen.» wird nicht gestrichen.

Damit kommt die Präsidentin zu Antrag 19 der Mitte/GLP. Mit dem Antrag 19a wird beantragt, den Satz «Binningen hat aktuell das höchste Finanzvermögen des Kantons (167 Millionen Franken) und kann sich den Birsigpark bequem leisten, ohne andere Projekte wie die laufenden Schulhausbauten oder die geplante Erneuerung des Hallenbads zu gefährden und auch ohne die Steuern zu erhöhen.» zu streichen.

Antrag 19a der Mitte/GLP: 14 JA / 21 NEIN (Abstimmung 32)

Aufgrund der Ablehnung des Antrags 19a kommt der Antrag 19b der Mitte/GLP zur Abstimmung. Der Satz soll demnach wie folgt abgeändert werden «Binningen verfügt aktuell mit 167 Millionen Franken über das höchste Finanzvermögen im Kanton und kann die Realisierung des Birsigparks grundsätzlich finanzieren. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass in den kommenden Jahren erhebliche Investitionen in laufende sowie geplante Projekte anfallen werden.».

Antrag 19 b der Mitte/GLP: 13 JA / 22 NEIN (Abstimmung 33)

://: Der Satz «Binningen hat aktuell das höchste Finanzvermögen des Kantons (167 Millionen Franken) und kann sich den Birsigpark bequem leisten, ohne andere Projekte wie die laufenden Schulhaus-

bauten oder die geplante Erneuerung des Hallenbads zu gefährden und auch ohne die Steuern zu erhöhen.» wird unverändert belassen.

Antrag 20 der Mitte/GLP möchte die Streichung der beiden Sätze «Schaffen wir mehr Lebensqualität dort, wo sie am meisten benötigt wird. Schaffen wir den Birsigpark!».

Antrag 20 der Mitte/GLP: 18 JA / 15 NEIN / 2 Enthaltungen (Abstimmung 34)

://: Die Sätze «Schaffen wir mehr Lebensqualität dort, wo sie am meisten benötigt wird. Schaffen wir den Birsigpark!» werden gestrichen.

Der Präsidentin liegt noch ein Antrag der SP zum fett gedruckten Abschnitt vor. Der ist vorhin untergegangen.

Jonathan Noack, SP erläutert, seine Fraktion möchte den Teil «der Einwohnerrat empfiehlt» streichen, da es schlussendlich eine Bekundung der Mehrheitsmeinung des Einwohnerrats ist. Die SP möchte am Anfang der Medienmitteilung keine Empfehlung im Text haben. Auf Rückfrage erklärt der Votant mit der Formulierung «die Mehrheit des Einwohnerrats» wäre er einverstanden.

Einwohnerratspräsidentin Karin Müller, SP teilt mit, der Satz im fett gedruckten Abschnitt zu Beginn der Medienmitteilung würde damit heissen «[...] die Mehrheit des Einwohnerrats empfiehlt sie [die Initiative] am 18. Mai zur Annahme.».

Antrag Jonathan Noack, SP: «die Mehrheit des Einwohnerrats»: 26 JA / 8 NEIN / eine Enthaltung (Abstimmung 35)

://: Der Teilsatz «[...] der Einwohnerrat empfiehlt sie am 18. Mai zur Annahme.» wird geändert in «[...] die Mehrheit des Einwohnerrats empfiehlt sie am 18. Mai zur Annahme.».

Damit wurde über alle Anträge der Fraktionen abgestimmt. Nun muss noch über die Medienmitteilung als Ganzes abgestimmt werden.

Jonathan Noack, SP ist einigermaßen enttäuscht vom Powerplay, das von der Ja-Seite für den Birsigpark gespielt wurde. Es gibt immer noch Passagen in der Medienmitteilung die z.B. lauten: «Lassen Sie sich nicht täuschen». Das ist für den Votanten keine Formulierung, die er von einem Parlament erwartet. Für ihn entspricht es zu stark der Meinung einer Seite. Es ist nicht die Meinung dieses Parlaments und daher kann seiner Ansicht nach nicht der gesamte Einwohnerrat dahinterstehen.

Roman Oberli, SVP entgegnet, es sei sehr wohl die Meinung des Einwohnerrats. Es wurde vorhin über diesen Antrag abgestimmt. Die Mehrheit des Einwohnerrats wollte dies, daher stimmt es nicht, dass die Mehrheit des Einwohnerrats dies nicht so formulieren möchte.

Jonathan Noack, SP ist dies selbstverständlich bekannt. Es geht ihm darum, dass diese Medienmitteilung den Absender «der Einwohnerrat» hat und nicht «die Mehrheit des Einwohnerrats». Sonst müsste man, wie vorhin kurz diskutiert, zwei separate Medienmitteilungen schreiben. Dann wäre dies kein Problem. Aber wenn man eine Medienmitteilung schreibt, dann müssen alle dahinterstehen können.

Peter Frauchiger, FDP äussert, gerade vorhin wurde auf Votum von Jonathan Noack gutgeheissen, dass man ganz zu Beginn eine Änderung vornimmt und schreibt «die Mehrheit des Einwohnerrats». Das ist seines Erachtens ok. In der Einleitung steht es ja drinnen. Soll es doppelt erwähnt werden?

Gaida Löhr, SP wäre froh, wenn Jonathan Noack eine Alternative vorschlagen würde. Ganz rausnehmen geht ihres Erachtens nicht. Aber wenn es eine Alternative gibt, könnte man sich hier vielleicht auch noch einigen. Wenn man eine Form findet, die kein derartiger Aufruf ist, wäre sie völlig einverstanden.

Jonathan Noack, SP führt aus, dies sei ein Beispiel über das vorhin abgestimmt wurde. Der Antrag der Mitte/GLP kam dort nicht durch. Man hat quasi die Mehrheit des Rates ausgenutzt, um diese Formulierung zu behalten, die man ursprünglich vorgeschlagen hat und die ganz klar aus der Feder einer Pro-Seite kommt. Auch wenn man diesen Satz korrigieren würde, gäbe es, wenn man es danach im Gesamten anschauen würde, vermutlich noch andere Sätze, die seiner Meinung nach nicht die Sprache eines Parlaments haben, das eine Mitteilung rausgibt, sondern mehr danach tönen, als würde man Abstimmungskampf führen.

Roman Oberli, SVP erinnert daran, dass vorhin der Vorwurf kam, dass die Mehrheit ein Powerplay mache. Die Pro-Seite ist in dieser Medienmitteilung den Punkten der Gegnerschaft wesentlich entgegengekommen. Jetzt, nachdem die Medienmitteilung eigentlich finalisiert ist, kommt die Minderheit, ist trotzdem nicht zufrieden und will ihrerseits ein Powerplay aufziehen. Das findet seine Fraktion nicht nötig.

Richard Bräunlich, SP erklärt, für ihn persönlich spiegle das, was hier rausgekommen ist, nicht wirklich das wider, was hier eigentlich im Saal ist. Das schleckt keine Geiss weg. Es gibt ein klares Ja-Votum und ein klares Nein-Votum. Das hier ist jetzt eine Art «Wischiwaschi». Das kann man auch in der Pfeiffe rauchen. Das ist die persönliche Meinung des Votanten.

Monique van Loon, Mitte/GLP möchte diese Seite unterstützen. Sie findet es sehr fragwürdig, wie man hier vorgegangen ist mit diesem ganzen Verfahren. Dass man überhaupt mit einer solchen ausserordentlichen Sitzung von der Pro-Seite überfallen wurde. Dass nur die Pro-Seite eine sehr einseitige Vorlage eingereicht hat, ohne dass die Minderheit irgendwo einbezogen worden wäre. Man kann sich auch fragen, wieso man nicht einfach auf den Gemeinderat zugegangen ist und beantragt hat, dass der Gemeinderat in der nächsten Ausgabe des Binner Anzeigers nachdoppelt, um zu zeigen, dass auch der Einwohnerrat eine Meinung hat und um ein Pro-Votum zu haben. Die Rednerin versteht nicht, wieso man dies in diesem Umfang machen musste und jetzt eine Kompromisslösung hat, hinter der eigentlich niemand richtig stehen kann. Sie kann diese in dieser Form nicht unterstützen. Sie möchte sehr stark ihren Vorredner unterstützen, dass es kein Wortlaut ist, den man von einem Parlament erwarten kann. Das könnte man an einem anderen Ort, im Abstimmungskampf machen. Die Votantin kann nicht hinter den Punkten stehen, die hier drinnen stehen.

Roman Oberli, SVP erläutert, hätte der Gemeinderat die Position des Einwohnerrats darlegen wollen, dann würden die Anwesenden heute Abend nicht hier sitzen. Das ist Punkt eins. Punkt zwei, dass das Geschäft einseitig in den Rat gekommen ist, liegt am Verfahren. Wenn man eine ausserordentliche Sitzung einberuft, dann muss man das Geschäft auch selbst vorlegen. Das musste so gemacht werden. Heute Abend wurde diskutiert und es wurde weitgehend auf die Gegnerschaft eingegangen.

Monique van Loon, Mitte/GLP glaubt, das Problem liege im Wort «entgegenkommen». Vielleicht haben die Anwesenden schon einmal etwas vom Anker-Effekt gehört, der sehr bekannt ist. Wenn man einmal eine Vorlage legt, dann wird das Resultat immer näher beim Anker sein, den man gesetzt hat. Die Pro-Seite hat dies sehr stark ausgenutzt. Sie findet dies eine taktisch geschickte, aber etwas täuschende Vorgehensweise der Pro-Seite.

Hubert Steffen, SVP würde vorschlagen, dass nun abgestimmt und die Diskussion abgebrochen wird.

Peter Frauchiger, FDP schliesst sich seinem Vorredner an, sonst artet dies immer mehr aus. Es geht nun auch darum, ein wenig zu zwingen oder noch irgendeinen Bericht abzugeben. Er plädiert dafür, dass nun abgestimmt wird.

Jonathan Noack, SP versteht die Positionen. Er versteht auch, dass man, wenn man die Mehrheit im Rat hat, nun möglichst schnell abstimmen will. Er möchte an dieser Stelle einfach nochmals betonen, dass die Meinung der Minderheit in diesem Rat nicht mehr genug repräsentiert ist, so wie jetzt diskutiert wurde und mit den entscheidenden Passagen, die nicht rausgestrichen wurden.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Verabschiedung Medienmitteilung: 28 JA / 7 NEIN (Abstimmung 36)

Referendumsausschluss: 28 JA / 5 NEIN / 2 Enthaltungen (Abstimmung 37)

Die geforderte Zweidrittelmehrheit für den Referendumsausschluss wurde erreicht.

BESCHLUSS

- ://: 1. Der Einwohnerrat beschliesst die Medienmitteilung «Einwohnerrat Binningen: klares Ja zur 'Initiative für einen Birsigpark'».
- ://: 2. Der Einwohnerrat stimmt dem Referendumsausschluss für den Beschluss 1 zu.
-

Die Präsidentin schliesst die Sitzung um 21.45 Uhr.

ER-Sitzung vom 28. April 2025

			Gesch. Nr. 65								
			01	02	03	04	05	06	07	08	09
			Eintreten	Streichung letzter Satz von Antrag 1 der Mitte/GLP	Antrag 1 der Mitte/GLP ohne letzter Satz	Minderheitsmeinung als zweitletzter Abschnitt in MM aufnehmen	Antrag 2 der Mitte/GLP	Antrag 3 der Mitte/GLP	Antrag 4 der Mitte/GLP	Antrag 5 der Mitte/GLP	Ausmehren: Antrag Grüne/EVP (JA) vs. Antrag 6 Mitte/GLP (NEIN)
Nr.	Name	Fraktion									
1	Bertschi	EVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
2	Cakar	Grüne	Ja	Ja	Not voted	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
3	Glaser A.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
4	Glaser K.	Grüne	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
5	Hauri S.	Grüne	Ja	Ja	Not voted	Ja	Nein	Enthaltung	Ja	Ja	Ja
6	Hauri U.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
7	Bräunlich	SP	Nein	Nein	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
8	Büchelin	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
9	De Fregias	SP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
10	Ipek Avvisati	SP	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
11	Lempert	SP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
12	Löhr	SP	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
13	Müller	SP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Not voted
14	Noack	SP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
15	Schellenberg	SP	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
16	Amacker	Mitte	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
17	Eldridge	GLP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
18	Gerber	GLP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
19	Jegge	Mitte	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Not voted	Ja	Ja	Enthaltung
20	Kamber	GLP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Not voted	Not voted	Not voted	Ja
21	Peter	GLP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
22	van Loon	GLP	Ja	Nein	Not voted	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
23	Behrends	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
24	Frauchiger	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
25	Giani	FDP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Not voted	Enthaltung
26	Häfele	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Not voted	Ja
27	Kaiser	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
28	Lancashire	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
29	Lüthi - La Roche	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Enthaltung
30	Maier	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
31	Schori	FDP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
32	Setz	FDP	Not voted	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
33	Treuthardt	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Not voted
34	Kremo	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
35	Marti	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
36	Oberli	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
37	Schmid Fabini	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
38	Siegel	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
39	Steffen	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
40	Widmer	SVP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
TOTAL											
Ja			27	21	31	32	13	20	34	32	24
Nein			7	12	1	2	22	12	0	0	6
Enthaltungen			0	2	0	1	0	1	0	0	3
			34	35	32	35	35	33	34	32	33

ER-Sitzung vom 28. April 2025

			Gesch. Nr. 65								
			10	11	12	13	14	15	16	18	19
Nr.	Name	Fraktion	Antrag Grüne/EVP: Titel «Grünraum schaffen»	Antrag 7 der Mitte/GLP	Antrag 8 der Mitte/GLP	Antrag 9 der Mitte/GLP	Antrag 10 der Mitte/GLP	Ausmehrten: Antrag 11 Mitte/GLP (JA) vs. Antrag FDP (NEIN)	Antrag 11 der Mitte/GLP ohne zweiter Satz	Antrag 1 der Grünen/EVP	Antrag 12 der Mitte/GLP
1	Bertschi	EVP	Ja	Ja	Not voted	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
2	Cakar	Grüne	Ja	Not voted	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein
3	Glaser A.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
4	Glaser K.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
5	Hauri S.	Grüne	Ja	Ja	Not voted	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
6	Hauri U.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
7	Bräunlich	SP	Ja	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
8	Büchelin	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
9	De Fregias	SP	Ja	Ja	Not voted	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
10	Ipek Avvisati	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
11	Lempert	SP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
12	Löhr	SP	Ja	Not voted	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
13	Müller	SP	Ja	Ja	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
14	Noack	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
15	Schellenberg	SP	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Enthaltung	Ja	Nein	Ja
16	Amacker	Mitte	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
17	Eldridge	GLP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
18	Gerber	GLP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
19	Jegge	Mitte	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
20	Kamber	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
21	Peter	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
22	van Loon	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
23	Behrends	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
24	Frauchiger	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
25	Giani	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Not voted	Ja	Nein
26	Häfele	FDP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
27	Kaiser	FDP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
28	Lancashire	FDP	Ja	Ja	Not voted	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
29	Lüthi - La Roche	FDP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
30	Maier	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
31	Schori	FDP	Not voted	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
32	Setz	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
33	Treuthardt	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
34	Kremo	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein
35	Marti	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein
36	Oberli	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein
37	Schmid Fabini	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein
38	Siegel	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein
39	Steffen	SVP	Ja	Not voted	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein
40	Widmer	SVP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
TOTAL											
Ja			34	29	30	25	33	12	32	26	12
Nein			0	1	0	10	2	22	2	9	23
Enthaltungen			0	0	0	0	0	1	0	0	0
			34	30	30	35	35	35	34	35	35

ER-Sitzung vom 28. April 2025

			Gesch. Nr. 65								
			20	21	23	24	25	26	27	28	29
Nr.	Name	Fraktion	Antrag 2 der Grünen/EVP	Antrag SP: aus Sicht der Mehrheit des Einwohnerrats	Antrag 3 der Grünen/EVP	Antrag 13 der Mitte/GLP ohne letzter Satz	Antrag 15 der Mitte/GLP	Antrag 14 der Mitte/GLP	Antrag 16a der Mitte/GLP	Antrag 16b der Mitte/GLP	Antrag 17 der Mitte/GLP
1	Bertschi	EVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein
2	Cakar	Grüne	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein
3	Glaser A.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein
4	Glaser K.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
5	Hauri S.	Grüne	Ja	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja	Not voted	Ja	Enthaltung
6	Hauri U.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein
7	Bräunlich	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
8	Büchelin	SP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein	Ja	Enthaltung
9	De Fregias	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
10	Ipek Avvisati	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
11	Lempert	SP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
12	Löhr	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein
13	Müller	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
14	Noack	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
15	Schellenberg	SP	Ja	Ja	Enthaltung	Nein	Ja	Nein	Nein	Nein	Not voted
16	Amacker	Mitte	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
17	Eldridge	GLP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
18	Gerber	GLP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
19	Jegge	Mitte	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Not voted	Ja
20	Kamber	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja
21	Peter	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
22	van Loon	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
23	Behrends	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
24	Frauchiger	FDP	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein
25	Giani	FDP	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
26	Häfele	FDP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein
27	Kaiser	FDP	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein
28	Lancashire	FDP	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein
29	Lüthi - La Roche	FDP	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein
30	Maier	FDP	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein
31	Schori	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Not voted	Ja	Ja	Not voted	Ja
32	Setz	FDP	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein
33	Treuthardt	FDP	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein
34	Kremo	SVP	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein
35	Marti	SVP	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein
36	Oberli	SVP	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein
37	Schmid Fabini	SVP	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein
38	Siegel	SVP	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein
39	Steffen	SVP	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein
40	Widmer	SVP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
TOTAL											
Ja			34	30	20	14	33	32	12	28	13
Nein			1	4	14	21	0	3	22	5	19
Enthaltungen			0	0	1	0	0	0	0	0	2
			35	34	35	35	33	35	34	33	34

ER-Sitzung vom 28. April 2025

			Gesch. Nr. 65							
			30	31	32	33	34	35	36	37
Nr.	Name	Fraktion	Antrag 4 der Grünen/EVP	Antrag 18 der Mitte/GLP	Antrag 19a der Mitte/GLP	Antrag 19b der Mitte/GLP	Antrag 20 der Mitte/GLP	Antrag SP: «die Mehrheit des Einwohnrats»	Verabschiedung Medienmitteilung	Referendums- ausschluss
1	Bertschi	EVP	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
2	Cakar	Grüne	Ja	Nein	Nein	Nein	Enthaltung	Ja	Ja	Ja
3	Glaser A.	Grüne	Ja	Nein	Nein	Nein	Enthaltung	Ja	Ja	Ja
4	Glaser K.	Grüne	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
5	Hauri S.	Grüne	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Enthaltung	Ja	Ja
6	Hauri U.	Grüne	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
7	Bräunlich	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein
8	Büchelin	SP	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
9	De Fregias	SP	Ja	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein
10	Ipek Avvisati	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein
11	Lempert	SP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
12	Löhr	SP	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
13	Müller	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Enthaltung
14	Noack	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein
15	Schellenberg	SP	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja
16	Amacker	Mitte	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
17	Eldridge	GLP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
18	Gerber	GLP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
19	Jegge	Mitte	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
20	Kamber	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
21	Peter	GLP	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
22	van Loon	GLP	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein
23	Behrends	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
24	Frauchiger	FDP	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
25	Giani	FDP	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
26	Häfele	FDP	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
27	Kaiser	FDP	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja
28	Lancashire	FDP	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja
29	Lüthi - La Roche	FDP	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja
30	Maier	FDP	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
31	Schori	FDP	Ja	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Enthaltung
32	Setz	FDP	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja
33	Treuthardt	FDP	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
34	Kremo	SVP	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
35	Marti	SVP	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
36	Oberli	SVP	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
37	Schmid Fabini	SVP	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja
38	Siegel	SVP	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja
39	Steffen	SVP	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja
40	Widmer	SVP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
TOTAL										
Ja			23	10	14	13	18	26	28	28
Nein			9	23	21	22	15	8	7	5
Enthaltungen			3	0	0	0	2	1	0	2
			35	33	35	35	35	35	35	35